

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/243

20. Dezember 1974

Die Mär vom eigentumsfeindlichen Bund

Die Fakten sprachen eine ganz andere Sprache

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Provinzielle Profilneurose

Stuttgarter Regierung lehnt Aufnahme politisch Verfolgter ab

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzender
des Ausschusses für internationale Beziehungen beim
Partei Vorstand der SPD

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Gaullisten kontra Atlantiker in der Opposition

In der CDU/CSU streiten konträre Bündnisideologien
miteinander

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 5 / 31 Zeilen

Angst vor einer Karikatur ?

Wespenstich auf Kunstausstellung ließ CSU nach Minister
rufen

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied der Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik

Seite 6 und 7 / 57 Zeilen

Ein Signal für die Solidarität

In Hessen siegte die Politik mit Augenmaß

Von Armin Claus MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Seite 8 und 9 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 22 80 97 - 38

Die Mär vom eigentumsfeindlichen Bund

Die Fakten sprechen eine ganz andere Sprache

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundesregierung wird immer wieder unterstellt, ihre Politik sei eigentumsfeindlich. Beispiele für diese angebliche Eigentumsfeindlichkeit werden krampfhaft in allen Bereichen gesucht, insbesondere im Bereich der Wohnungsbaupolitik. Die Opposition nahm selbst das Programm für einen stabilitätsgerechten Aufschwung zum Anlaß, diesen Vorwurf erneut zu erheben, der allerdings auch durch ständige Wiederholung nicht richtiger wird. Die Tatsachen widerlegen ihn eindeutig.

So dienen die erweiterten Möglichkeiten für die Inanspruchnahme des § 7 b und die neuen Regelungen über die Befreiung von der Grunderwerbsteuer eindeutig der privaten Eigentumsbildung. Das Gesetz über Investitionszuschüsse schließlich bezieht auch private Bauherren, die sich entschließen, im sozialen Mietwohnungsbau zu investieren, mit ein. Abzwecken mußte die Förderung aus konjunkturellen Gründen auf den Mietwohnungsbau, der in den vergangenen Monaten überproportional zurückgegangen war. Dadurch wird jedoch die Förderung von Eigentumsmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau in keiner Weise beeinträchtigt. Seit 1969 ist der Anteil der Eigentumsmaßnahmen ständig gestiegen. Auch das ist doch wohl ein Beweis, wie eigentumsfreundlich die Wohnungsbaupolitik dieser Bundesregierung ist. Auch außerhalb des sozialen Wohnungsbaus fördert der Bund den Wohnungsbau mit hohen Milliardenbeträgen und trägt so wesentlich zur Eigentumsbildung bei.

Allein im Jahr 1973 sind in der Bundesrepublik mehr als 2,9 Milliarden DM an Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz gezahlt worden. Gegenüber dem Vorjahr (2,5 Milliarden) war dies eine Steigerung um 16 vH. Bund

und Länder tragen die Kosten für die Wohnungsbauprämien je zur Hälfte. Die Höhe dieser Prämien sollte all denen zu danken geben, die nicht müde werden, von der angeblichen Eigentumsfeindlichkeit der Bundesregierung zu reden. In den Jahren 1969 bis 1973 betrug allein die Ausgaben des Bundes für Wohnungsbauprämien rund 5,2 Milliarden DM. Die Steuermindereinnahmen auf Grund der steuerlichen Begünstigungen von Beiträgen an Bausparkassen machten im gleichen Zeitraum für den Bund rund 1,6 Milliarden DM aus.

Auch mit der jetzt erweiterten Vorschrift des Paragraphen 7 b EStG gewährt die öffentliche Hand gerade in den schwierigen Jahren nach der Baufertigstellung den Eigentümern erhebliche Hilfen. Für den Zeitraum von 1969 bis 1973 werden die steuerlichen Erleichterungen, die aus dieser Vorschrift resultierten, auf rund 4,4 Milliarden DM geschätzt. Zu verweisen ist schließlich auf weitere Hilfen, wie die Grundsteuervergünstigung, die Grunderwerbsteuerbefreiung und das Wohngeld, die ebenfalls Bauherren und Erwerbern von Wohnungseigentum zugute kommen.

Insgesamt ist dies ein Maßnahmenkatalog, der für sich spricht. Wer die Bundesregierung in den Geruch der Eigentumsfeindlichkeit bringen will, muß solche Behauptungen konkretisieren. Das dürfte freilich, wie sich nicht nur am Beispiel Wohnungsbau belegen läßt, nicht so leicht möglich sein.

(-/20.12.1974/hgy/pr)

+ + +

Provinzielle Profilneurose

Stuttgarter Regierung lehnt Aufnahme politisch Verfolgter ab

Von Hans-Jürgen Wischnauski MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und Vorsitzender des Ausschusses für internationale Beziehungen beim Parteivorstand der SPD

Die baden-württembergische Landesregierung hat die Aufnahme von fünf früheren chilenischen Ministern sowie zehn weiteren Spitzenfunktionären aus der Regierungszeit des Präsidenten Allende abgelehnt. In diesem Zusammenhang warf Innenminister Schiess der Bundesregierung "bedenkliche ideologische Verblendung" und "Vernachlässigung der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik" vor. Diese Haltung kann nur als provinzielle Profilneurose bezeichnet werden. Hier wird versucht, auf Kosten politischer Gefangener mit menschlichem Leid Politik zu machen. Die Menschen, um die es hier geht, sitzen seit dem Militärputsch zum Teil unter schwersten Bedingungen und ohne konkrete Anklage im Gefängnis. Natürlich ist die Bundesregierung an ihrer Freilassung interessiert, so wie sie an der Freilassung aller politischen Gefangenen in der Welt interessiert ist. Die Bundesrepublik ist sowohl nach ihrem Grundgesetz als auch nach den politisch-moralischen Prinzipien, die für alle Demokratien gelten sollten, politisch und moralisch verpflichtet, politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Viele Deutsche haben in der dunkelsten Zeit unserer Geschichte selbst Zuflucht in anderen Ländern suchen müssen.

Das Interesse der Bundesregierung ist rein humanitär begründet. Wir sollen Menschen retten, deren Leben, Gesundheit oder Freiheit aus politischen Gründen unmittelbar und in hohem Maße gefährdet ist. In diesem Zusammenhang von "ideologischer Verblendung" zu sprechen, ist abwegig. Die 15 Personen, deren Aufnahme die baden-württembergische Landesregierung so leichtfertig abgelehnt hat, sind inhaftiert, stehen unter Hausarrest oder haben Ausreiseverbot. Die Ausreise aus Chile ist für sie die einzige Möglichkeit, wieder in Freiheit leben zu können.

Viele Regierungen der Welt setzen sich in diesem Sinne für die politischen Gefangenen in Chile ein. Für die Freilassung des ehemaligen

chilenischen Außenministers Almeida, hat sich die UN-Vollversammlung in einer Resolution mit überwältigender Mehrheit eingesetzt. Erst diese Woche wurde ein gemeinsames Kommuniqué der neun EG-Regierungen beschlossen, in dem die Bereitschaft aller Neun unterstrichen wird, den aus Chile zu erwartenden Flüchtlingen humanitäre Hilfe zu leisten. Die Überwältigende Mehrheit der Völkergemeinschaft ist also offenbar "ideologisch verblendet". Nur die CDU-Regierung von Baden-Württemberg sieht die Dinge befreit von jeglicher Ideologie, offenbar auch von der, die sich in der Solidarität aller Demokraten ausdrückt.

Dort ist man sogar davon überzeugt, daß die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik durch die Aufnahme von 15 Flüchtlingen gefährdet sind. Auch die Bundesregierung wird keine Terroristen und Anarchisten aus fremden Ländern aufnehmen. Deshalb unterliegt jeder politische Flüchtling aus Chile, der bei uns um Asyl bittet, zunächst einer Sicherheitsprüfung durch die zuständigen innerdeutschen Behörden. Diese hat bei den von Baden-Württemberg abgelehnten 15 Personen ergeben, daß keine Verdachtsmomente bestehen. Ebenso ist der Landesregierung in Stuttgart bekannt, daß alle 15 Genannten Anknüpfungspunkte zur Bundesrepublik Deutschland haben, sei es durch deutsche Abstammung, deutsche Ehefrauen oder durch Arbeitsverträge mit deutschen Hochschulen, Gemeinden und privaten Arbeitgebern. Trotzdem wird ihre Aufnahme abgelehnt.

Ist denjenigen, die dies veranlaßt und zu verantworten haben, eigentlich bewußt, daß es auch christlich-demokratische Abgeordnete und Politiker in Chile gibt, die aus den gleichen Gründen wie diejenigen, deren Aufnahme sie ablehnen, eingesperrt sind oder ausgewiesen wurden? Würden sie deren Aufnahme auch verweigern? Auch für diese hat sich die Bundesregierung selbstverständlich verwandt, und sie hat den Oppositionsführer entsprechend unterrichtet.

Inzwischen leben fast 1.000 politische Flüchtlinge aus Chile in der Bundesrepublik. Diese Chilenen, die bei uns Aufnahme gefunden haben, befließen sich einer auffallenden politischen Zurückhaltung. Deshalb werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter politische Flüchtlinge aufnehmen, so wie es unserer politischen und moralischen Pflicht entspricht. Alle Menschen in der Welt, die um die Lösung humanitärer Probleme bemüht sind, sollen aber wissen, daß die Regierung von Baden-Württemberg nicht für alle Menschen in der Bundesrepublik spricht. (-/20.12.1974/ks/pr)

+ + +

Gaullisten kontra Atlantiker in der Opposition

In der CDU/CSU streiten konträre Bündnisideologien miteinander

Von Werner Buchstaller MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Es ist nicht zu bestreiten, daß der verteidigungspolitische Sprecher der Opposition, Manfred Wörner, anlässlich der NATO-Debatte eine schöne Rede im Bundestag gehalten hat. Dabei ist nur sehr schade, daß alle Betroffenen des ganze Spektrum des Inhalte schon sehr lange selbst kennen und die Rede zudem am falschen Platz gehalten wurde.

Wörner sollte seine Erklärungen allen NATO-Partnern zusenden. Aber, Spaß beiseite, es ist vieles richtig gewesen und trotzdem alles falsch, weil kein Parlamentarier der CDU die europäische Einigung herbeireden kann, wenn alle historischen Helden, die gerufen wurden, 20 Jahre in der Regierung-CDU saßen und nichts von dem schafften, was heute so mächtig von Manfred Wörner gefordert wird. Aber vielleicht sollte dies ein Wink mit dem Zaunpfahl sein, daß die CDU/CSU jetzt diesen Mann hat.

Es ist natürlich nicht zu bestreiten, daß Bruno Friedrich als Sprecher der SPD den Finger in die Wunde der CDU/CSU gelegt hat, indem er auf das Dilemma der widerstrebenden Bündnisideologien innerhalb der Opposition hinwies. Während bei norddeutschen Unions-Wehrtagungen weniger, bei süddeutschen umso mehr, die "Europäische Verteidigungsunion" von der CDU/CSU gefordert wird, wartete man bei Wörner vergeblich darauf.

Obwohl seit mehr als einem Jahr die CDU/CSU nach dem Verhältnis der "Europäischen Verteidigungsunion" zu den USA gefragt wird, ist bis heute keine konkrete Antwort gegeben worden. Sie kann auch gar nicht erfolgen, denn sonst würden die "Gaullisten" der CSU etwas anderes sagen als die "Atlantiker" der CDU. Und wer legt sich schon gerne fest, wenn er nicht weiß, ob ein "Gaullist" oder "Atlantiker" Kanzlerkandidat der CDU/CSU wird.

(-/20.12.1974/bqy/pr)

+ + +

Angst vor einer Karikatur ?

Wappenstein auf Kunstausstellung ließ CSU nach Minister rufen

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik

Wird die Union wieder intolerant gegenüber kritischer Kunst wie in ihren Regierungszeiten? Das muß sich fragen, war eine konzertierte Aktion der Abg. Dr. Max Schulze-Vorberg, Franz Josef Strauß und Dr. Alfred Dregger aus Anlaß einer deutschen Kunstausstellung in London beobachtete. Im Rahmen des "Deutschen Monats" in England, der in der dortigen Presse und Öffentlichkeit zum größten Erfolg der auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik seit ihrer Gründung wurde, hatte das Londoner Institut für zeitgenössische Kunst in eigener Regie (und mit nur DM 10.000 Förderung für den Katalog durch das Goethe-Institut) auch eine Kunstausstellung veranstaltet, die hervorragend besprochen wurde. In dieser Ausstellung fand der CSU-Abg. Dr. Schulze-Vorberg, Vorsitzender der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik, bei einem Routinebesuch in der britischen Hauptstadt zu seiner Verblüffung auch das politische Plakat von Klaus Staack, das seinen Parteivorsitzenden in einer gekannten Karikatur darstellt.

Nun sollte man meinen: Karikiert zu werden, gehört zum Beruf eines jeden Überdurchschnittlichen Politikers. Das ertragen zu können, ist Voraussetzung zum Metier. Nur außergewöhnlich humorlose Zeitgenossen erblicken darin eine Verunglimpfung, womöglich gar eine Beschädigung ihrer Auffassung von Demokratie. Nicht so der Unions-Abgesandte. Er schloß sich mit Strauß und dem ebenfalls ein bißchen hergenommenen Dregger kurz und protestierte via Telex von der deutschen Botschaft zum Auswärtigen Amt an die Adresse des Ministers. Beim englischen Veranstalter Beseitigung des Plakats zu verlangen, traute man sich denn doch nicht. Der Union ging es vielmehr darum, den Geldhahn in Bonn zuzudrehen. Offensichtlich war das Ganze den Unions-

Christen zugleich recht peinlich. Jedenfalls blieb das erwartete parlamentarische Nachspiel zunächst aus.

Die Oppositionspolitiker geben sich zufrieden mit einer brieflichen Antwort des Bundesaußenministers, über deren Inhalt auch der um Verständnis Bemühte nur lange nachzutrübeln vermag. Scheint sie doch die Animositäten der Oppositionsherren für bedeutender zu halten als die nach dem Grundgesetz-Artikel 5 garantierte Freiheit der Kunst. Das rief bei Journalisten Widerspruch hervor. Zum Beispiel fragte die "Frankfurter Allgemeine": "Bedeutet das im Klartext, daß politische Kunst, wenn sie der CDU/CSU mißfällt, nicht mehr in einem Goethe-Institut oder mit seiner Hilfe ausgestellt wird?"

Am letzten Sitzungstag des Bonner Parlaments wurde der Fall in der Fragestunde behandelt. Die Anfrage, die ich vorbrachte, wollte nur bestätigt wissen, daß die Bundesregierung sich selbstverständlich auch in der auswärtigen Kulturpolitik an die Freiheitsrechte für Kunst, Literatur und Wissenschaft gebunden weiß. Das wurde durch den Außenamts-Staatsminister Moersch bekräftigt, wenn auch in der amtlichen Begründung für den Sachkundigen einiges ungenau, ja widersprüchlich ausfiel, was die Reaktion in der britischen Öffentlichkeit anbelangt. Die nämlich war des Lobes voll und hatte sich keineswegs über deutsche Details im Sinne christdemokratischer Empfindlichkeit entrüstet. Im Gegenteil, namhafte englische Publizisten hatten auf Grund der Ausstellung den Deutschen eine neue Fähigkeit zur Selbstkritik und sogar Selbstatironie nicht ohne Komplimente bescheinigt.

Wer das Protokoll der Bundestagsitzung nachliest, kann außerdem den Eindruck gewinnen, die Union lege Wert darauf, daß jeweils Politiker und Behörden zu entscheiden hätten, was Kunst und was Politik sei. Zugegeben, es ist schwierig, zwischen beiden eine deutliche Grenze zu ziehen. Ohne die Künstler freilich können Parlamentarier das nicht unter sich ausmachen - zumal subjektive Betroffenheit leicht Inkompetenz verursacht. Wenn es zwischen Kunst und Politik zu Auseinandersetzungen kommt, bleibt selten der Politiker auf der Strecke. Er sitzt fürs Zeitliche am längeren Hebel. Schon deswegen ist Alarm notwendig, wo immer politische und exekutive Instanzen durch die wenig subtile Zensurmaßnahme eines Federstrichs durch den Haushalt Reglementierungen der Kunst vorzunehmen trachten. Hat die Union vergessen, wie teuer sie jene Abneigung gegen Künstler und Intellektuelle, die sie in den fünfziger und sechziger Jahren praktizierte, zu stehen kam? Wiederholungen sollten nicht Schule machen. Auch nicht in Zeiten, in denen ein Teil der bundesdeutschen Öffentlichkeit mit der CDU/CSU so wenig kritisch verfährt.
(-/20.12.1974/ks/pr)

+ + +

Ein Signal für die Solidarität

In Hessen siegte die Politik mit Augenmaß

Von Armin Claus Mdl.

Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Die Wiederwahl von Albert Osswald zum hessischen Ministerpräsidenten erfolgte eindeutig. Allen Unkenrufen zum Trotz ist damit nicht nur die Geschlossenheit der SPD-Landtagsfraktion nachdrücklich unter Beweis gestellt worden, sondern auch der Koalitionspartner FDP hat sich erneut als zuverlässiger Partner erwiesen. Für die SPD ist das Wahlergebnis ein Signal für Solidarität.

Die neue Regierung ist unmittelbar im Anschluß an die Wahl Osswalds vereidigt worden. Ihre Zusammensetzung ist ein Beweis für die Kontinuität der hessischen Landespolitik aber auch für die Erneuerungskraft der SPD. Schließlich trat Willi Görlach, bisher jüngster Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten in einem Landesparlament (am kommenden Freitag wird er 34 Jahre alt), als Staatsminister für Landwirtschaft und Umwelt ins Kabinett ein. Diese sozialliberale Regierung in Hessen bietet in der Spitze und in den Ressorts gute Voraussetzungen für vier Jahre Arbeit in der echten Legislaturperiode des Landtags. Es ist eine Mannschaft von Politikern mit Augenmaß. Ihre Arbeit steht unter dem Zeichen des sozialen Fortschritts bei realistischer Einschätzung der ökonomischen Gegebenheiten.

Schwerpunkt bleibt nach wie vor die Bildungspolitik. Es wird darauf ankommen, die vom bisherigen Kultusminister Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg und der Partei entwickelte Bildungskonzeption kontinuierlich zu verwirklichen. Gerade unter dem Eindruck der erschreckend ansteigenden Zahlen arbeitsloser Jugendlicher ohne qualifizierte Berufsausbildung muß das Prinzip Chancengleichheit diese Politik maßgeblich bestimmen. Das wiederum bedingt konsequent, daß die organisatorische und die inhaltliche Reform der Schule weitergeführt werden muß. Es kommt nicht von ungefähr, daß im Koalitionspapier die Berufsbildung einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Damit wird der Forderung sozialdemokratischer Bildungspolitik, die Berufsbildung gleichwertig und gleichrangig mit anderen Bildungswegen zu sehen, Rechnung getragen.

Besonders hervorzuheben ist hier die im Papier festgeschriebene Konzep-

tion der Überbetrieblichen Ausbildungsstätten. "Überbetriebliche Ausbildungsstätten sind zu erweitern, neu zu errichten und in Verbindung mit beruflichen Schulen zu Berufsbildungszentren auszubauen", heißt es im Originaltext, der sich jedoch nicht mit dieser allgemeinen Zielaussage begnügt. Als Teilplan des Landesentwicklungsplanes Hessen 80 ist der Fachplan Überbetrieblicher Ausbildungsstätten zügig zu verabschieden.

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist für die sozialliberale Koalition überhaupt das oberste Anliegen. So werden wir die Instrumente zur frühzeitigen Erkennung krisenhafter Entwicklungen der Wirtschaft ausbauen, damit soziale und wirtschaftspolitisch vertretbare Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Gerade angesichts knapper öffentlicher Finanzmittel müssen sich die Förderungsmaßnahmen des Staates an Kriterien orientieren, die die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleisten: Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze durch bevorzugte Beförderung wachstumsintensiver Projekte in den Entwicklungsschwerpunkten des Landes, Erhaltung qualifizierter Arbeitsplätze in struktur schwachen Gebieten und Förderung von Unternehmen, die in ihrer Technologie zum allgemeinen wissenschaftlich-technischen Standard Beiträge leisten, die in der Lage sind, die Produktivität zu erhöhen. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit die Einhaltung von Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer über die normalen staatlichen Möglichkeiten hinaus bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Subventionen und Zuschüsse durch zusätzliche Bestimmungen sichergestellt werden kann.

Ein Kompromiß ist gefunden worden im Bereich der Mitbestimmung im öffentlichen Unternehmen. Das Ziel der SPD, die paritätische Mitbestimmung für die Arbeitnehmer, war mit der FDP nicht durchzusetzen. Aber die vereinbarte Drittelbeteiligung ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Ein weiterer Bereich der Sozialpolitik, für den wichtige Akzente gesetzt wurden, sind der Schutz älterer Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit, die Humanisierung der Arbeitswelt z.B. durch einen Landesplan für Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure sowie Überbetriebliche Werksärztezentren. Die SPD-Landtagsfraktion hat in den ersten Wochen seit Bestehen des neuen Landtages bereits die organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das Koalitionsprogramm zügig in konkrete Politik umgesetzt werden kann. Es wird auch darauf ankommen, überall da, wo mit der FDP Kompromisse eingegangen werden mußten, sozialdemokratische Grundsätze zu verdeutlichen. Dabei werden jedoch die Freien Demokraten unser Partner und die CDU unser Gegner sein.
(-/20.12.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller